



Zum Scheitern des internationalen Einsatzes in Afghanistan

Thorsten Gromes 

Eingegangen: 17. Mai 2023 / Angenommen: 5. Oktober 2023
© The Author(s) 2023

Zusammenfassung Spätestens mit der erneuten Machtübernahme der Taliban im August 2021 gilt der fast 20 Jahre dauernde Einsatz in Afghanistan weithin als gescheitert. Der Literaturbericht präsentiert und kommentiert die zahlreichen Beiträge zur Ursachenforschung. Die Taliban konnten lange den afghanischen Sicherheitskräften und den umfangreichen internationalen Truppen trotzen und schließlich die in Zahl und Ausrüstung überlegenen Streit- und Polizeikräfte Afghanistans besiegen. In der geringen Moral der Sicherheitskräfte spiegelte sich die mangelnde Legitimität der politischen Ordnung, die nach dem Sturz der Taliban Ende 2001 entstanden war. Die Literatur kritisiert insbesondere das Bündnis der westlichen Mächte mit Kriegsfürsten, den politischen Ausschluss der Taliban und das Vorhaben oder die Ausgestaltung der Demokratisierung. Viele Beiträge werfen dem militärischen und zivilen Einsatz vor, gar keine oder keine kohärente Strategie verfolgt zu haben, und bemängeln ein zu geringes und zu kurzes Engagement. Insgesamt zeigt die Literatur eine beachtliche Breite von Erklärungen für das Scheitern in Afghanistan. Allerdings fehlt es der Fehleranalyse an wichtigen Stellen an Tiefe, sodass die angebotenen Erklärungen allenfalls teilweise überzeugen. Eine stärker vergleichende Perspektive könnte der weiteren Aufarbeitung des Scheiterns in Afghanistan helfen.

Schlüsselwörter Auslandseinsätze · Stabilisierungsmissionen · Aufstandsbekämpfung · State-building · Demokratisierung

✉ Thorsten Gromes
Peace Research Institute Frankfurt (PRIF), Frankfurt am Main, Deutschland
E-Mail: gromes@prif.org

On the Failure of the International Mission in Afghanistan

Abstract With the Taliban's return to power in August 2021 at the latest, the nearly 20-year mission in Afghanistan is widely considered to have failed. This literature review presents and comments on the numerous contributions to causal research. The Taliban were able to defy Afghan security forces and extensive international troops for a long time and eventually defeat the Afghan armed forces and police, which were superior in troop numbers and equipment. The low morale of the security forces reflected the lack of legitimacy of the political order that emerged after the fall of the Taliban regime in late 2001. The literature is particularly critical of the Western powers' alliance with warlords, the political exclusion of the Taliban, and the project or design of democratization. Many contributions accuse the military and civilian mission of not having pursued any strategy at all or not having pursued a coherent strategy, and criticize a commitment that was too small and too short. Overall, the literature shows a considerable breadth of explanations for the failure in Afghanistan. However, the failure analysis lacks depth on important points; the explanations offered are at best only partially convincing. A more comparative view could help further analysis of the failure in Afghanistan.

Keywords Foreign deployments · Stabilization missions · Counterinsurgency · State-building · Democratization

1 Einleitung

„Why postmortems fail“, erklärte Robert Jervis (2022) in einem Aufsatz, der bezeichnenderweise kurz nach seinem Tod erschien. Mitte August 2021 hatten in Afghanistan die Taliban erneut die Macht übernommen¹ und damit den Anlass geschaffen für zahlreiche Versuche, den fast 20 Jahre dauernden internationalen Einsatz aufzuarbeiten. Ein Post-Mortem zu verfassen, zählt zu den Aufgaben einer Enquete-Kommission des Bundestages, die zudem Lehren für künftige Einsätze formulieren soll (Antrag der Fraktionen 2022, S. 2). Auch weil Afghanistan über sich selbst hinausstrahlt, verdient der Fall eine breite und intensive Debatte. Das rechtfertigt einen Literaturbericht zur Frage nach den Ursachen für das Scheitern des internationalen Einsatzes in Afghanistan. Er soll die wichtigsten Kontroversen kommentieren und die angebotenen Erklärungen einordnen.

Das langjährige militärische und zivile Engagement in Afghanistan entwickelte sich aus der Reaktion auf die Terroranschläge vom 11.09.2001. Die damals herrschenden Taliban weigerten sich, Osama bin Laden auszuliefern, worauf sie von einem US-geführten Militäreinsatz im Bündnis mit afghanischen Milizen entmachtet wurden. Dieser Literaturbericht widmet sich dem internationalen Engagement nach dem Sturz der Taliban-Regierung Ende 2001. Den Vereinigten Staaten sollen

¹ Wie Rashid (2022: S. ix) herausstellt, übernehmen Aufständische selten zum zweiten Mal die Macht.

diese Anstrengungen mehr als zwei Bio. US-\$ gekostet haben.² Die Bundesregierung beziffert die Ausgaben Deutschlands auf 12,3 Mrd. € für den Militäreinsatz und 5 Mrd. € für zivile Aufgaben (Antwort der Bundesregierung 2021, S. 29–30).

Dass dieser Einsatz in Afghanistan gescheitert ist, darin stimmen die ausgewerteten Beiträge überein, wenn auch einige auf Teilerfolge verweisen. So sank während des Einsatzes die Kindersterblichkeit in Afghanistan um mehr als die Hälfte, der Anteil der Unterernährten ging um ein Drittel zurück, die Lebenserwartung stieg, die Zahl der Menschen mit Zugang zu Trinkwasser verdreifachte sich und die Versorgung mit Strom nahm um ein Vielfaches zu (Hennings 2023, S. 154–155). Im Bundestag (2020) verwiesen Abgeordnete gerne auf verbesserte Lebensbedingungen vieler AfghanInnen, um für die Teilnahme Deutschlands an der Fortführung des Einsatzes zu werben. Das Scheitern zeigt sich gemessen an den Zielen, die im Dezember 2001 bei den Bonner „UN Talks on Afghanistan“ für die Neuordnung des Landes formuliert worden waren. Eines lautete: „promote ... peace“ (Agreement on Provisional Arrangements 2001). Der Einsatz, im Jahr 2011 mit rund 140.000 SoldatInnen (IISS³ 2012, S. 225–226) auf seinem Höhepunkt, konnte anfangs zwar die tödliche Gewalt zurückdrängen, aber nie Frieden herbeiführen. Für den Zeitraum von Oktober 2001 bis August 2021 verzeichnet das Projekt „Costs of War“ rund 176.000 direkte Todesopfer der Gewalt in Afghanistan. In dieser Zahl fehlen Menschen, die an Kriegsfolgen wie unzureichende Nahrung, Unterkunft oder Medizin starben. Die direkten Todesopfer umfassen unter anderem 69.000 Angehörige der afghanischen Sicherheitskräfte, fast 53.000 Aufständische, mehr als 46.000 Zivilpersonen und mehr als 3000 SoldatInnen der internationalen Truppen.⁴ Eine weitere Vorgabe für die Neuordnung Afghanistans war eine „broad-based, gender-sensitive, multi-ethnic and fully representative government“ (Agreement on Provisional Arrangements 2001). Mit dem militärischen und politischen Sieg der Taliban sind diese Ziele in weite Ferne gerückt. Mädchen und Frauen wurden aus dem Bildungswesen und Berufsleben gedrängt. Laut Varieties of Democracy fielen die Demokratie-Werte für 2022 auf das geringe Niveau von 2001⁵ und Omar Sadr (2022) sieht ein totalitäres Regime, das die nicht-paschtunische Bevölkerung diskriminiert.

Dieses Scheitern muss aufgearbeitet werden, doch ist mit Jervis vor zu hohen Erwartungen zu warnen. Mit Blick auf staatliche Gremien zur Ursachenforschung verweist er auf machtpolitische Kalküle. AmtsträgerInnen und ihre ParteifreundInnen wollten frühere Entscheidungen rechtfertigen und aktuelle Positionen untermauern (Jervis 2022, S. 1). Zudem liefen sowohl die politische als auch die wissenschaftliche Aufarbeitung Gefahr, in Kenntnis des Ausgangs das Vorgegangene nur im Lichte dieses Ergebnisses zu interpretieren und vermeintlich Unpassendes auszublenken (Jervis 2022, S. 3–4). Studien müssten mehr leisten, als einen Beleg für eine Erklärung zu finden. Es sei darüber hinaus darzulegen, dass er sich nicht mit

² <https://watson.brown.edu/costsofwar/figures/2021/human-and-budgetary-costs-date-us-war-afghanistan-2001-2022>. Zugegriffen: 12. September 2023.

³ International Institute for Strategic Studies.

⁴ <https://watson.brown.edu/costsofwar/figures/2021/human-and-budgetary-costs-date-us-war-afghanistan-2001-2022>. Zugegriffen: 12. September 2023.

⁵ https://www.v-dem.net/data_analysis/CountryGraph/. Zugegriffen: 12. September 2023.

rivalisierenden Erklärungen vereinbaren lasse. Des Weiteren solle die Fehleranalyse prüfen, ob die im betrachteten Fall identifizierte Ursache in anderen Fällen vorlag und zum gleichen Ergebnis führte (Jervis 2022, S. 1). Wie sich zeigt, warten einige Beiträge zum Scheitern in Afghanistan mit solchen Vergleichen auf, dennoch könnte die Literatur insgesamt den Fall umfassender komparativ einordnen. Die Analysen zeichnen sich durch eine beeindruckende Breite von Erklärungsansätzen aus, doch fehlt es ihnen an wichtigen Stellen an Tiefe.

Der Literaturbericht fügt sich wie folgt zusammen. Kap. 2 erläutert, welche Art von Texten herangezogen und nach welchen Gesichtspunkten sie vorgestellt werden. Die darauffolgenden Kapitel widmen sich zunächst dem Scheitern im Feld Sicherheit, dann dem im Feld Herrschaft und erörtern anschließend Querschnittsthemen. Konkret erörtert Kap. 3 die militärische Niederlage der afghanischen Sicherheitskräfte, die den Taliban in Zahl und Ausrüstung überlegen waren. Der Triumph der Taliban markierte das Legitimitätsdefizit der politischen Ordnung, die ab Dezember 2001 in Afghanistan errichtet worden war und im Zentrum von Kap. 4 steht. Das fünfte Kapitel behandelt Strategie und Umfang des Einsatzes und somit Erklärungen, die sowohl das Feld der Sicherheit als auch das Feld der Herrschaft umspannen. Der Schluss bilanziert die Debatte zum Scheitern in Afghanistan und warnt vor einer verbreiteten Schlussfolgerung für Auslandseinsätze.

2 Zahlreiche und kontroverse Erklärungsangebote

Den Ausgangspunkt dieses Literaturberichts bildeten wiederholte Suchen für den Zeitraum seit 2021 auf Google und Google Scholar, allgemein unter dem Schlagwort „Afghanistan“ und gezielt mit „failure/Scheitern in Afghanistan“ oder „fall of Afghanistan“. In den ermittelten Beiträgen fanden sich Hinweise auf weitere Publikationen. Von kurzen journalistischen Artikeln abgesehen, wertete ich jede zugängliche und inhaltlich einschlägige englische oder deutsche Veröffentlichung aus, insgesamt mehr als 120, davon nicht alle mit einem akademischen Hintergrund. Ich hielt fest, welche Erklärungen die Beiträge präsentieren, ob sie diese auf das Feld Sicherheit oder Herrschaft oder beide beziehen und dabei innerafghanische Faktoren, den internationalen Einsatz oder das Zusammenspiel zwischen diesen hervorheben. Im Fokus stehen im Folgenden wissenschaftliche Beiträge und Berichte staatlicher Stellen. Zu manchen Aspekten ziehe ich ältere Literatur zu Afghanistan heran, deren Umfang es jedoch nicht erlaubt, sie systematisch zu berücksichtigen. Darüber hinaus nutze ich Studien, die den Fall einzuordnen helfen.

Ein hoher Anteil der Analysen auch in akademischen Formaten stammt von AutorInnen, die am internationalen militärischen oder zivilen Einsatz oder an der afghanischen Politik beteiligt waren, oft allerdings in keiner herausgehobenen Funktion. Unbeteiligte Beobachtende lieferten nur die Hälfte der im Folgenden zitierten Beiträge zur Ursachenforschung. Wieweit bestimmte Sichtweisen auf das Scheitern mit verschiedenen disziplinären Hintergründen, theoretischen oder politischen Positionierungen und anderen Merkmalen einhergehen, können nachfolgende Studien klären. Hier soll der Hinweis genügen, dass die meisten AutorInnen das Scheitern weder allein dem internationalen Einsatz noch ausschließlich den Akteuren und

Bedingungen in Afghanistan anlasten. In dieser Hinsicht unterscheiden sich afghanische Beiträge nicht von anderen.

Die systematische Auswertung ermittelte mehr als 70 verschiedene Erklärungsangebote, von denen einige die Frage des Scheiterns in der Breite angehen, andere sich auf Teilbereiche wie den Zusammenbruch der afghanischen Sicherheitskräfte beschränken. Da der Literaturbericht nicht all diese Erklärungen präsentieren kann, konzentriert er sich auf diejenigen Angebote, die mehr als nur vereinzelt auftreten oder sich breiteren Kontroversen zuordnen lassen. Aus Platzgründen und zur besseren Lesbarkeit gebe ich fast immer nur einen Beleg an, erläutere aber an wichtigen Stellen, ob es sich um eine weithin geteilte oder eher vereinzelte Ansicht handelt.

Bei allen Unterschieden verorten viele Studien das Scheitern nicht ausschließlich im Militärischen oder Zivilen, sondern bevorzugen übergreifende Erklärungen. Es erleichtert die Übersicht, im Folgenden zunächst den militärischen Sieg der Taliban, dann die politische Ordnung seit 2001 und schließlich Querschnittsthemen abzuhandeln. Die Literatur diskutiert mit Blick auf die militärische Niederlage der afghanischen Sicherheitskräfte, ob diese sich mit den Entwicklungen unmittelbar davor ausreichend erklären lässt, vor allem mit dem Abzug der internationalen Truppen. Kontroversen im Feld Herrschaft betreffen die Fragen, ob es ein Fehler der westlichen Akteure war, verbündeten Kriegsfürsten so viel Macht zu überlassen und die Taliban von der neuen politischen Ordnung auszuschließen oder ob das Vorhaben der Demokratisierung generell nahezu aussichtslos war oder an der konkreten Ausgestaltung der Institutionen scheiterte. Die militärische und zivile Dimension zusammen betrachtend, hält ein Teil der Beiträge den Einsatz für zu gering und zu kurz, während andere ein ausgeufertes Engagement beklagen. Ein weiterer Streit dreht sich darum, ob der Einmarsch im Irak wesentlich zum Scheitern des Afghanistan-Einsatzes beigetragen hat, indem er von dort Personal, Ressourcen und Aufmerksamkeit wegzog.

3 Der militärische Sieg der Taliban

In Personalstärke und Ausrüstung waren die afghanischen Sicherheitskräfte den Taliban überlegen. Im Juli 2020 umfasste das afghanische Militär rund 185.500, die Polizei 103.200 Personen. Insgesamt konnten die afghanischen Sicherheitskräfte jeden Tag ca. 180.000 Bewaffnete ins Feld führen. Der Kern der Taliban bestand aus 48.000 bis 72.000 Kämpfern, hinzu kamen 90.000 Mitglieder verbündeter lokaler Milizen. Die Aufständischen verfügten, anders als das afghanische Militär, über keine Luftwaffe, gepanzerten Fahrzeuge und schwere Artillerie. Die jährlichen Einnahmen der Taliban beliefen sich schätzungsweise auf 300 Mio. US-\$ bis 1,6 Mrd. US-\$. Das Jahresbudget der staatlichen Sicherheitskräfte lag bei 5–6 Mrd. US-\$, zu drei Viertel finanziert von den USA (Schroden 2021a, S. 20–24). Dennoch endete der Krieg mit dem Sieg der Taliban.

In der Literatur gibt es Streit darüber, wie weit sie zeitlich zurückgreifen muss, um die Niederlage der afghanischen Regierung zu erklären. Einige Beiträge halten die Folgen des internationalen Abzugs nach dem Doha-Abkommen für ausschlaggebend. In diesem hatten am 29.02.2020 die USA mit den Taliban vereinbart, dass

sich die internationalen Truppen innerhalb von 14 Monaten zurückziehen und im Gegenzug die Aufständischen zusichern würden, innerafghanische Friedensgespräche aufzunehmen und keine Angriffe von Afghanistan aus auf die Vereinigten Staaten und deren Verbündete zuzulassen (Agreement for Bringing Peace 2020). US-Präsident Joe Biden hielt an dem noch von Donald Trump angekündigten Abzug fest, schob dessen Abschluss nur auf den 11.09.2021 hinaus (White House 2021), und das ungeachtet der Kritik, die Taliban hätten wichtige Vorgaben des Doha-Abkommens verletzt und nicht ernsthaft mit der afghanischen Regierung verhandelt (Ibrahimi 2022, S. 169, 176–177). Laut Ahmad Shuja Jamal und William Maley (2023, S. 146, 196–197) versetzte der Abzug den materiellen Fähigkeiten und der Moral der afghanischen Sicherheitskräfte den entscheidenden Schlag. Ohne diesen hätte die Regierungsseite trotz der vorher bestehenden Probleme noch lange durchhalten können. Eine konkurrierende Sicht holt zur Erklärung des Sieges der Taliban weiter aus (Cordesman und Hwang 2021, S. 12–13).

3.1 Folgen des internationalen Abzugs

Der internationale Abzug verminderte die materiellen Fähigkeiten der afghanischen Sicherheitskräfte auf mehrfache Weise. In Kämpfen gegen die Taliban konnten die afghanischen Bodentruppen immer weniger auf Luftunterstützung zählen, zum einen durch die internationalen Truppen, zum anderen durch die eigene Luftwaffe. Letztere wurde von ausländischen Unternehmen instand gehalten, die aber im Zuge des angekündigten Endes des internationalen Einsatzes das Land verließen. Das wirkte sich auch auf die weit verstreuten und oft isolierten Stützpunkte der afghanischen Sicherheitskräfte aus, die ohne Versorgung aus der Luft den Aufständischen ein leichtes Ziel boten (Schroden 2021b, S. 46–47, 54–56). Die afghanischen Sicherheitskräfte unterhielten 600 Basen, von denen aus sie patrouillierten, und fast 2000 Kontrollpunkte mit insgesamt gut 95.000 Bewaffneten (Lynch 2022, S. 50). Mit der nachlassenden internationalen Präsenz übernahmen die afghanischen Spezialkräfte zunehmend die Last der Kämpfe, was sie aufrieb (Kilcullen und Mills 2021, S. 202–203). Das Doha-Abkommen ging auch insofern zulasten der afghanischen Regierung, als es vorgab, bis zu 5000 gefangene Taliban-Kämpfer freizulassen und im Gegenzug nur bis zu 1000 Kombattanten „der anderen Seite“ (Agreement for Bringing Peace 2020). Die afghanische Regierung war an der Aushandlung des Doha-Abkommens nicht beteiligt und so als übergehbare Größe vorgeführt. Das spornte den Aufstand der Taliban an und demoralisierte die afghanischen Sicherheitskräfte, die im Auftrag ihrer Regierung kämpfen sollten (Jalali 2023, S. 180–181).

Die Niederlage der afghanischen Sicherheitskräfte allein oder vor allem mit dem internationalen Abzug zu erklären, entlastet den Einsatz davor. Wenig überraschend schließen sich prominent am Einsatz Beteiligte dieser Sichtweise an, so David Petraeus (2022), einst Befehlshaber der International Security Assistance Force (ISAF), oder der frühere US-Botschafter in Afghanistan Hugo Llorens (2023, S. 287).

Die auf das Ende des Einsatzes fokussierten Erklärungen für das Scheitern in Afghanistan greifen in mindestens zwei Punkten zu kurz: Erstens bedenken sie zu wenig, wie selten Bürgerkriege mit einem militärischen Sieg der Rebellierenden

enden.⁶ Das führt zur Frage, weshalb sich die staatlichen Sicherheitskräfte trotz langer umfassender Hilfe als so schwach und die Taliban trotz langer Aufstandsbe-kämpfung als so stark erwiesen. Zweitens schieben die genannten Erklärungen zu sehr zur Seite, dass es schon lange vor dem internationalen Abzug große Probleme bei den afghanischen Streit- und Polizeikräften gegeben hatte. Dafür steht unter anderem das Geschehen in Kundus, wo Ende September 2015 rund 3000 Soldaten und Polizeikräfte gegen 500 angreifende Taliban kaum Widerstand leisteten, ihre Ausrüstung zurückließen und zum Flughafen flohen. Untersuchungen führten diese Niederlage auf geringe Moral zurück (Malkasian 2021, S. 386–387).

3.2 Vorherige Schwäche der afghanischen Sicherheitskräfte

Bedeutende Teile der Literatur leugnen keineswegs die aufgeführten negativen Folgen des internationalen Abzugs, wollen die Erklärungen für das Scheitern in Afghanistan aber nicht auf diese verkürzen. Sie halten auch längerfristig wirksame Fehlentwicklungen im Feld der Sicherheit und in der politischen Ordnung für wichtig. Unter anderem Timor Sharan (2023, S. 274–276) macht diese Sichtweise stark.

Die afghanischen Sicherheitskräfte wurden mit massiver internationaler Hilfe aufgebaut, ausgerüstet und ausgebildet. Allein die USA brachten dafür 90 Mrd. US-\$ auf (Cunningham und Windrem 2022, S. 40).⁷ Doch wie der militärische Sieg der Taliban zeigt, blieben bei dieser versuchten Ertüchtigung die erhofften Ergebnisse aus. In der Literatur findet sich dafür eine Reihe von Gründen. So kamen die Aufwendungen bei vielen Soldaten nicht an. Befehlshaber stahlen Sold, verkauften Treibstoff und Munition, versorgten aus den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln ihre Untergebenen mit dem Billigsten und strichen das übrige Geld ein (Schroden 2021b, S. 55). Auch wurde Sold für Personal ausgezahlt, das nur auf dem Papier existierte. Mangelnde Versorgung zwang Soldaten dazu, Ausrüstung zu verkaufen, auch an die Taliban. Posten wurden oft gekauft oder nach Loyalität vergeben und Vergaben dienten häufig der Selbstbereicherung (Matisek 2021).

Viele Beiträge bemängeln, der internationale Einsatz habe in Afghanistan ein Militär nach westlichem Vorbild aufbauen wollen, ohne die Bedürfnisse und Kapazitäten vor Ort ausreichend zu berücksichtigen. Das habe zur logistischen Überforderung der afghanischen Streitkräfte beigetragen (Bolton 2023, S. 66–67). Zudem stand qualifiziertes Lehrpersonal nur begrenzt bereit, auch aufgrund der kurzen Verweildauer der Fachleute (SIGAR⁸ 2021, S. 51–53). Die Ausbildungsmission überstieg die soziokulturellen und didaktischen Kompetenzen der meisten damit befassten Militärs (Preuß 2022, S. 14). Zudem konnten viele der in Afghanistan Rekrutierten nicht lesen (Henriksen 2022, S. 239). Darüber hinaus erschwerten Angriffe aus den ei-

⁶ Es sind knapp fünf Prozent, legt man den Zeitraum 1990–2020 und die dyadische Variante des Conflict Termination Dataset 3-2021 des Uppsala Conflict Data Program zugrunde: <https://ucdp.uu.se/downloads/monadterm/ucdp-term-acd-3-2021.xlsx>. Zugegriffen: 12. September 2023.

⁷ Wie es zu beachten gilt, flossen 80–90 % dieser und anderer Aufwendungen in die US-Wirtschaft zurück (Fair 2021).

⁸ Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction.

genen Reihen mit mehr als 700 Toten bis 2017 (Matisek 2021) Ausbildung sowie Zusammenarbeit zwischen den afghanischen und internationalen Truppen.

Thomas F. Lynch (2022, S. 55) sieht ein Prinzipal-Agent-Problem bei der Ertüchtigung der afghanischen Sicherheitskräfte, das Stephen Biddle (2017) über den Fall hinaus ausführlicher darlegt. Der Prinzipal oder Auftraggeber, hier die US-geführte Koalition, hat ein Interesse an effektiven Sicherheitskräften des Agenten oder Auftragnehmers, hier die afghanische Regierung. Die Anliegen des Agenten stimmen trotz eines gemeinsamen Feindes nicht mit denen des Prinzipals überein, etwa weil ein nicht-korruptes und nicht für Klientelpolitik verfügbares Militär der Regierung den Machterhalt erschwert. Während der Geber seine Hilfe mit der Zeit reduzieren oder beenden möchte, zieht es der Empfänger vor, dass Geld und Material weiterhin ins Land kommen, auch um sich mit ihnen Folgsamkeit im Innern zu sichern. Die vom Geber aufgezeigten Probleme nicht anzugehen, lässt auf weiteren Mittelzufluss hoffen. Der Empfänger kennt die Situation vor Ort besser als der Geber, was es ihm leichter macht, den Anliegen des Gebers zuwiderzuhandeln. Angesichts der deklarierten Interessen des Gebers und dessen umfangreichen Engagements zuvor bezweifelt der Empfänger, vom Geber bei schlechter Auftragsbefriedigung fallengelassen zu werden. In der Folge wachsen die militärischen Fähigkeiten des Empfängers weit weniger als es die eingesetzten Ressourcen erwarten lassen (Biddle 2017, S. 126–131). Als eine Illustration des Prinzipal-Agent-Problems mag dienen, dass die Regierung viele Militäreinheiten weit entfernt von deren Heimat stationierte, damit diese sich nicht mit lokalen Machthabern gegen Kabul verbündeten. Das führte zu einer hohen Desertionsrate (Matisek 2021).

Unzureichende Versorgung und Ausbildung trugen zu einer geringen Moral der afghanischen Sicherheitskräfte bei. Demoralisierend wirkte auch die fehlende Legitimität der neuen politischen Ordnung, die Militär und Polizei verteidigen sollten. Dazu später mehr.

Zunächst zur relativen Stärke der Taliban, die sich lange gegen die internationalen Truppen behaupten und schließlich die afghanischen Sicherheitskräfte besiegen konnten. Seinen größten Umfang erreichte der US-geführte Militäreinsatz 2011 beim „surge“, einem starken Anstieg des Engagements. Die ISAF umfasste damals mehr als 132.000 SoldatInnen, die sich mit Aufstandsbekämpfung beauftragt sahen. Hinzukamen 7000 Bewaffnete im Anti-Terror-Einsatz Operation Enduring Freedom (IISS 2012, S. 225–226). Selbst die ausgeweiteten militärischen Anstrengungen, begleitet von mehr zivilem Engagement, brachten keinen militärischen Sieg über die Taliban. Ebenso wenig gelang es, die afghanische Regierung politisch entscheidend zu stärken.

Die Literatur zeigt sich einig darin, das Scheitern auch mit der Rolle Pakistans zu erklären. Pakistan bot den Taliban ein Rückzugsgebiet, in welchem sie ihre Kräfte schützen und auffrischen und die internationale Militärpräsenz aussitzen konnten. Aus Pakistan erhielten sie zudem umfangreiche finanzielle und andere materielle Hilfe (Schroden 2021b, S. 46). Die USA und ihre Verbündeten konnten das Nachbarland Afghanistans unter anderem deshalb zu keinem Kurswechsel bewegen, da wichtige Versorgungslinien durch Pakistan liefen (Henriksen 2022, S. 123). Diesen Umstand habe der internationale Einsatz zu wenig berücksichtigt, kritisieren einige Beiträge (Whitlock 2021, S. 82–83). Ihnen zur Seite stehen vergleichende Studien

zur Aufstandsbekämpfung, die Erfolg daran gebunden sehen, den Rebellierenden die Fähigkeit zu nehmen, sich auszustatten, mit neuen Bewaffneten zu verstärken und in sichere Gebiete zu begeben (z. B. Paul et al. 2013, S. 182). Dass sich die Taliban nach Pakistan zurückziehen konnten, mag erhellen, warum sie sämtliche Offensiven und selbst den Aufwuchs der internationalen Truppen überstanden, erklärt aber nicht ihren Sieg über die Regierung.

Malkasian (2021, S. 454–455) bescheinigt den Taliban größere Kohärenz als den zersplittert agierenden afghanischen Sicherheitskräften und auch größere Entschlossenheit, angetrieben vom Islam und Widerstand gegen BesatzerInnen. Andere Beiträge heben hervor, wie stark die Taliban in Afghanistan verwurzelt waren und auch ideologisch Anschluss fanden (Lieven 2021). Dem steht eine Erhebung aus dem Sommer 2019 gegenüber, in der nur 13,4 % der fast 16.000 Befragten Sympathie für die Taliban äußerten (Asia Foundation 2019, S. 69, 315).

Wie viele Beiträge zum Scheitern in Afghanistan betonen, habe die Kriegsführung der internationalen Koalition und afghanischen Sicherheitskräfte den Taliban bei der Rekrutierung geholfen (Lüders 2022, S. 101). Sie verweisen auf nächtliche Razzien, Folter, Exekutionen (Gossman 2021) sowie zivile Opfer von Luftangriffen (Doyle 2021). Was jedoch Drohnenangriffe angeht, bestreitet ein Literaturüberblick vor allem zu Pakistan, aber auch Jemen, Irak und Afghanistan, dass Aufständische und Terrorgruppen aus zivilen Opfern solcher Attacken Nutzen ziehen (Regan 2022, S. 340–348).

In Afghanistan sahen sich die internationalen Truppen immer wieder mit der Schwierigkeit konfrontiert, Zivilpersonen von Aufständischen und Freund vom Feind zu unterscheiden. Hier kamen unzureichende Kenntnisse über die Lage vor Ort zum Tragen (Bolton 2023, S. 70–71). Effektive Aufstandsbekämpfung verlange ein Wissen, das sie selbst über ihre Heimatstadt nicht besitze, beklagte eine anonyme Quelle (SIGAR 2021, S. 76). Mangels eigener Informationen waren die internationalen Truppen nicht davor gefeit, sich von lokalen Akteuren im Kampf gegen Rivalen einspannen zu lassen, die mit den Aufständischen nichts zu tun hatten (SIGAR 2022, S. 43–44).

Gewalt gegen Zivilpersonen ging nicht allein von den afghanischen Sicherheitskräften und der US-geführten Koalition aus. Die Taliban drangsalierten, entführten, folterten und ermordeten afghanische BürgerInnen. Weshalb rief ihre Gewalt keinen größeren Widerstand der afghanischen Sicherheitskräfte und ZivilistInnen hervor? Ein Teil der Antwort könnte darin bestehen, dass viele Menschen nach den langen Kämpfen keine militärische Niederlage der Taliban erwarteten. Ein Sieg der Aufständischen hingegen bot Aussicht auf ein Ende des Krieges (Miller und Dembowski 2021). Zugleich erschien offenbar vielen Menschen eine erneute Herrschaft der Taliban nicht so abschreckend, dass sie ihr eine Fortdauer des Krieges vorgezogen hätten (Weigand 2022, S. 230). Das führt zur Frage, warum sich die nach 2001 errichtete politische Ordnung und die afghanische Regierung keine ausreichende Legitimität verschaffen konnten.

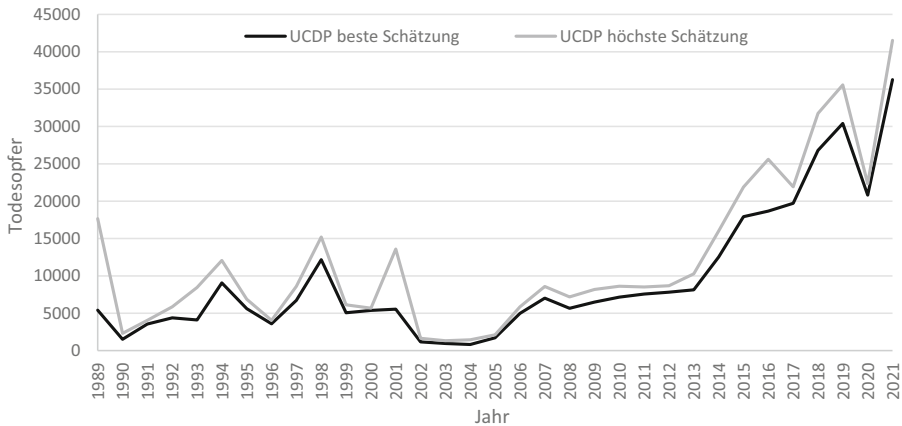


Abb. 1 Direkte Todesopfer bewaffneter Gewalt in Afghanistan 1989–2021 laut Georeferenced Event Dataset 22.1 des Uppsala Conflict Data Program. <https://ucdp.uu.se/downloads/ged/ged221-xlsx.zip> (zugegriffen: 12. September 2023). Mit rund 245.000 Todesopfern in den besten Schätzungen für den Zeitraum vom 07.10.2001 bis zum 15.08.2021 liegen diese Angaben über denen des Projekts „Costs of War“, die sich auf 176.000 summieren

4 Mangelnde Legitimität der neuen politischen Ordnung

Die Felder Sicherheit und Herrschaft wirkten aufeinander ein. Die anhaltende Unsicherheit in Afghanistan delegitimierte die Regierung und deren internationale Unterstützer, die beide die BürgerInnen nicht ausreichend schützen konnten. Die Gewalt erschwerte zudem Anstrengungen, effektive staatliche Institutionen aufzubauen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und so die neue Ordnung zu stabilisieren (Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel 2022, S. 10). Wie allerdings Abb. 1 illustriert, gab es nach dem Sturz der Taliban eine Phase von vier Jahren mit relativ wenig Gewalt.

Der Blick auf die Jahre 2002 bis 2005 legt nahe, die Probleme im Feld Herrschaft nicht auf Unsicherheit zu reduzieren. Vielmehr führten früh eingeleitete politische Fehlentwicklungen ihrerseits zu Sicherheitsproblemen. Besonders intensiv diskutiert die Literatur drei Themen: 1) das Bündnis der internationalen Truppen mit der Nordallianz, 2) den Ausschluss der Taliban aus der neuen Ordnung sowie 3) das Vorhaben und die Ausgestaltung der Demokratisierung.

4.1 Rückkehr der Warlords an die Macht

Um die Taliban zu stürzen, verbündeten sich die westlichen Truppen im Herbst 2001 mit der Nordallianz und anderen Milizen. Diese trugen die Hauptlast der Kämpfe am Boden, unterstützt von westlichen Luftangriffen und einigen Hundert Spezialkräften (Malkasian 2021, S. 58–66). In der Folge konnten sich die Führer der verbündeten Milizen viel Macht in der neuen politischen Ordnung Afghanistans sichern. Weite Teile der Literatur sehen darin eine wichtige Ursache des Scheiterns. Wie etwa Phil Williams (2022, S. 1133) geltend macht, verachteten und fürchteten

die meisten AfghanInnen die Führer der Milizen der Anti-Taliban-Koalition. Diese hatten den innerafghanischen Krieg zu verantworten, der nach Ende der sowjetischen Intervention und des von Moskau gestützten Regimes entbrannte. Damit fehlte es der neuen Ordnung ab Ende 2001 vom Start weg an Legitimität (Daase et al. 2021, S. 5). Auch das Agieren der Kriegsfürsten nach dem Sturz der Taliban kostete Vertrauen. Viele BürgerInnen warfen ihnen vor, für Unsicherheit zu sorgen und Eigeninteressen mit Korruption und räuberischen Mitteln zu verfolgen (Weigand 2022, S. 142–143). Führer der mit der westlichen Koalition verbündeten Milizen nutzten ihre neuen politischen und militärischen Posten dazu, den Aufbau effektiver und demokratisch legitimierter staatlicher Institutionen zu hintertreiben (Schetter 2022, S. 11). Des Weiteren gibt es Berichte, Kriegsfürsten hätten bewaffnete Konflikte gezielt am Laufen gehalten, um sich den Zufluss von Mitteln zu sichern (Kilcullen und Mills 2021, S. 163). Mit ihrem Handeln stärkten sie die Taliban auch auf direkte Weise. Die Aufständischen fanden Unterstützung bei denjenigen, die in den Herrschaftsgebieten der Milizenführer politisch oder ökonomisch ausgeschlossen wurden oder sich auf andere Weise schlecht behandelt sahen (Bacon und Byman 2021, S. 15).

Wenn die Macht der Milizenführer zum Scheitern des Einsatzes in Afghanistan wesentlich beigetragen hat, stellt sich die Frage nach Alternativen zum Bündnis mit ihnen. In der ausgewerteten Literatur kommt diese Frage oft zu kurz. Ohne Hilfe der Nordallianz hätte die US-geführte Koalition eine große Zahl eigener Bodentruppen einsetzen müssen, um die Taliban zu stürzen. Dabei wären sie Gefahr gelaufen, sich auch die Nordallianz zum Feind zu machen. Die Kosten und Risiken eines Militäreinsatzes wären deutlich gestiegen, solange er das Ziel verfolgt hätte, die Taliban zu stürzen, die Al Quaida Unterschlupf geboten hatten. Ob sich die USA darauf eingelassen hätten, es nach den Anschlägen vom 11.09.2001 bei einer Vergeltung mit Luftangriffen gegen Ziele in Afghanistan zu belassen oder sich auf den Einsatz von Spezialkräften zur Gefangennahme von Osama bin Laden zu beschränken, kann ich hier nicht erörtern. Die Führer der verbündeten Milizen nach dem Sturz der Taliban aus der neuen politischen Ordnung auszuschließen oder ihnen deutlich weniger Macht zu überlassen, hätte sie womöglich in den offenen Widerstand gegen das neue Regime getrieben (Bacon und Byman 2021, S. 16). Daher hätte auch die frühzeitige Marginalisierung oder Exklusion der Kriegsfürsten zu einem Scheitern des internationalen Einsatzes führen können.

Dessen weiterer Verlauf lässt sich so lesen, dass die westlichen Kräfte meinten, seinerzeit ihre Ziele nicht ohne die Milizenführer, aber auch nicht mit ihnen erreichen zu können. Zivile Kräfte sollten Schritt für Schritt eine immer wichtigere Rolle in der neuen Ordnung übernehmen. Dieser Ansatz unterschätzte die Blockademacht der verbündeten Kriegsfürsten und überschätzte die Gestaltungsmacht der zivilen Akteure und internationalen Missionen. Eine Alternative wäre es gewesen, auch die Taliban in die neue politische Ordnung einzubeziehen. Das hätte zwar kaum die Chancen auf Demokratisierung erhöht, vielleicht aber weitere Kriegsgewalt verhindert, so eine verbreitete Annahme.

4.2 Exklusion der Taliban

Zur Konferenz bei Bonn im Dezember 2001 waren die Taliban nicht eingeladen und auch vom weiteren Prozess, Afghanistan neu zu ordnen, blieben sie ausgeschlossen. Die Literatur berichtet von Signalen der Taliban, sich mit ihrem Machtverlust abzufinden. Demnach wollten Ende 2001 zumindest Teile der Talibanführung die neue Regierung unter Präsident Hamid Karzai akzeptieren. Gegen zugesicherte Immunität würden sie die drei Provinzen unter ihrer Kontrolle übergeben und die Waffen niederlegen (Bacon und Byman 2021, S. 9). Ob es ein derartiges Angebot tatsächlich gab, scheint nicht sicher (Malkasian 2021, S. 73–74). Gleichwohl halten es viele Beiträge für eine verpasste Gelegenheit, den Taliban keinen Platz in der neuen Ordnung anzubieten. Kilcullen und Mills (2021, S. 225) sehen darin die „Mutter aller Fehler“. Die Kritik am Ausschluss der Taliban impliziert, es hätte andernfalls gar keinen oder einen schwächeren Aufstand gegeben. Michael Lüders (2022, S. 172), von der Linken nominiertes Sachverständiger in der Enquete-Kommission, wagt sogar folgende These: „Hätten die maßgeblichen Entscheider die Taliban in die politische Neuordnung nach 2001 eingebunden, wären sie heute nicht wieder alleine an der Macht.“ Demgegenüber halte ich Skepsis für angebracht, ob eine Inklusion der Taliban das Scheitern wahrscheinlich oder sicher abgewendet hätte.

Ein erster Vorbehalt bezweifelt, dass es realistische Chancen gab, die Taliban politisch einzubinden. Wie der frühere Botschafter Michael Steiner der Enquete-Kommission schilderte, sei 2001 eine Inklusion der Taliban undenkbar gewesen, da man sie auf einer Stufe mit Al Quaida gesehen habe (Deutscher Bundestag 2022, S. 8). Die Literatur diskutiert zudem, ob eine Einbeziehung der Taliban das gewünschte Ergebnis gebracht hätte. Steve Brooking (2022, S. 4), an den Verhandlungen bei Bonn beteiligt, nutzt das Konzept des reifen Moments (Zartman 2023, S. 189–190) und wirft die Frage auf, wer damals für die Taliban hätte sprechen können und fähig gewesen wäre, ein Abkommen nach innen durchzusetzen. Diese Frage setzt voraus, dass sich die Unterhändler der Taliban mit den anderen Beteiligten hätten einigen können. Kori Schake, während des Afghanistan-Einsatzes im Nationalen Sicherheitsrat und Außenministerium der USA, bezweifelt das angesichts der gegensätzlichen Positionen der Konfliktparteien (Council on Foreign Relations 2021).

Die Beiträge zum Scheitern in Afghanistan bleiben an dieser Stelle stehen, obwohl sich der Gedanke lohnt, was bei einer Inklusion der Taliban hätte geschehen können. Eine Machtteilung mit den Taliban wäre etwa vom Streit über Wahlen bedroht gewesen. Die westlichen Mächte hätten wahrscheinlich auf Wahlen bestanden, die Taliban aber lehnen bis heute solche Abstimmungen ab. Hätten dennoch Wahlen unter Teilnahme der Taliban stattgefunden, wäre es unsicher gewesen, ob sie ein schlechtes Ergebnis akzeptiert und einen weiteren Machtverlust hingenommen oder wieder zu den Waffen gegriffen hätten.

Machtteilung kann viele institutionelle Formen annehmen. So unterscheidet die Literatur zwischen politischer, territorialer, militärischer und ökonomischer Machtteilung (Hartzell und Hoddie 2007, S. 25–36). Aus Sicht ihrer VerfechterInnen verhindert weitgehende Machtteilung die dauerhafte Exklusion einer Gruppe und sichert so Frieden. KritikerInnen befürchten hingegen, Machtteilung verschaffe den

Konfliktparteien Ressourcen, die es ihnen erleichterten, den bewaffneten Kampf (wieder-)aufzunehmen (Rothchild und Roeder 2005, S. 37–39). Je strikter das Arrangement Blockadepunkte schafft und je mehr es unterschiedliche Interessen berücksichtigt, desto eher verfestigt sich ein ineffektives und auch daher illegitimes Regime. Ein solches System kann einen Beteiligten so sehr frustrieren, dass er aus der Machtteilung ausscheidet oder eine gegnerische Konfliktpartei hinausdrängt. Damit geht eine erhebliche Eskalationsgefahr einher. Kurz: Die Taliban einzubeziehen, hätte das Ausbleiben eines Aufstands nicht garantiert.

4.3 Gescheiterte Demokratisierung

Das Vorhaben, Afghanistan zu demokratisieren, scheiterte schon vor der erneuten Machtübernahme der Taliban. Es gab zwischenzeitlich Teilerfolge wie den Zuwachs an Freiheiten in urbanen Gebieten, doch bei den Wahlen, einem Kernelement der Demokratie, ging der Trend in die falsche Richtung. Nach der Präsidentschaftswahl 2014 waren die Vorwürfe des Betrugs so massiv, dass der laut Wahlkommission im zweiten Wahlgang unterlegene Kandidat Abdullah Abdullah eine Parallelregierung zum offiziell siegreichen Aschraf Ghani bilden wollte. Die USA vermittelten ein Abkommen, aus dem eine Regierung der Nationalen Einheit hervorging, in der Ghani Präsident wurde und Abdullah Chief Executive Officer, ein Amt, das die Verfassung nicht vorsah (Malkasian 2021, S. 360–365). Mit wenigen Variationen wiederholte sich diese Geschichte 2019. Die Wahlkommission erklärte Ghani nach der ersten Wahlrunde zum Sieger, Abdullah machte wieder Wahlbetrug geltend und schließlich gab es eine weitere Regierung der Nationalen Einheit. Nun übernahm Abdullah den Vorsitz des Hohen Rats für Nationale Versöhnung, eines Gremiums außerhalb der Verfassung (Malkasian 2021, S. 443). An der Präsidentschaftswahl 2019 beteiligten sich nicht einmal 20 % der registrierten WählerInnen (Ruttig 2020), vermutlich auch weil diese Abstimmung wenig bedeutsam schien angesichts der damaligen Verhandlungen der USA mit den Taliban unter Ausschluss der Regierung (Sharan 2023, S. 191). Regierung und politischer Ordnung fehlte es daher an Legitimierung durch demokratische Verfahren. Hinzukam, dass sich die Regierung mangels Leistungen für die BürgerInnen zu wenig Legitimität verschaffen konnte (Murid Partaw 2023, S. 9). „The National Unity Government ... fashioned absolute dysfunctionality and infighting which negatively impacted service delivery, economic growth, and the government’s ability to combat an increasingly emboldened Taliban“ (Sharan 2023, S. 180). Diese Bilanz verstärkt die aufgeführten Zweifel an einer erfolgreichen Machtteilung mit den Taliban, wird aber bemerkenswerterweise von denjenigen nicht weiter reflektiert, die im Ausschluss der Taliban einen Fehler sehen.

Viele Beiträge verweisen auf die ungünstige Ausgangslage für die Demokratisierung in Afghanistan (Carlisle 2022, S. viii) wie Krieg und Gewalt seit Ende der 1970er-Jahre (Rubin 2021), extreme Armut (Miller 2021), schwache staatliche Institutionen (Acemoglu 2021) und eine stark segmentierte Gesellschaft (Schröter 2022, S. 41). Im Lichte dessen, was die Demokratisierungsforschung als günstige Bedingungen oder sogar Voraussetzungen für den Aufbau einer Demokratie auffasst

(Berg-Schlosser 1999; Geelmuyden Rød et al. 2020), bestanden in Afghanistan geringe Aussichten auf Erfolg.

Hier schließt die Frage an, inwiefern die fehlgeschlagene Demokratisierung zum Sieg der Taliban beigetragen hat. Toby Dodge (2021, S. 47) hält das Vorhaben der liberalen Friedenskonsolidierung, mit dem Aufbau von Demokratie an zentraler Stelle, für das Kernproblem. Er zeigt allerdings nicht, wie es zur Niederlage der afghanischen Regierung und deren Unterstützer führte. Die Demokratisierung provozierte Widerstand, lässt sich mit Carlo Masala (2022, S. 28) anfügen, der, nominiert von CDU/CSU, als Sachverständiger der Enquete-Kommission angehört. Ich sehe mindestens drei Wege, wie Ablehnung von Demokratie zum Scheitern beigetragen haben könnte: 1) GegnerInnen der Demokratie waren nicht bereit, die neue Ordnung gegen die Taliban zu verteidigen; 2) demokratiefeindliche Akteure sabotierten den Staatsaufbau und schwächten so die Legitimität der Regierung; 3) antidemokratische Einstellungen motivierten dazu, den Aufstand aktiv zu unterstützen.

Das Scheitern in Afghanistan ließe sich umso überzeugender (auch) auf die versuchte Demokratisierung zurückführen, wenn man plausibel machte, dass sie mehr Widerstand hervorrief, als es eine Autokratie getan hätte. Dabei wäre zu bedenken, dass Probleme wie Korruption, Drangsalierung der BürgerInnen und politische Exklusion bei einer anderen Regimeform wahrscheinlich ebenso aufgetreten wären, wenn nicht in schlimmerer Form. Solche Vergleiche der Demokratisierung mit alternativen Ansätzen habe ich in der ausgewerteten Literatur nicht gefunden.

Einige Beiträge halten nicht das Vorhaben der Demokratisierung für eine Ursache des Scheiterns, sondern die Ausgestaltung der demokratischen Institutionen. Nach dem Sturz der Taliban sollte ein zentralistisches Präsidialsystem entstehen. Laut Jennifer Brick Murtazashvili (2022, S. 42) gab der Zentralismus die falsche Antwort auf die stark fragmentierte afghanische Gesellschaft. John M. Carey und Andrew Reynolds (2021) greifen den in Studien zum Design von Institutionen verbreiteten Einwand auf, demnach Präsidialsysteme durch das Prinzip „the winner takes it all“ die Einsätze im politischen Wettbewerb erhöhen und es so wahrscheinlicher machen, dass die Unterlegenen ihre Niederlage nicht hinnehmen. Zudem besteht die Gefahr des Abgleitens in die Präsidialdiktatur. Beide Vorbehalte wiegen in einer zentralistischen Ordnung schwerer als bei dezentralisierter Macht. In der Kritik steht auch das Wahlsystem. Bei den Parlamentswahlen stimmten die BürgerInnen in Mehrpersonen-Wahlkreisen mit dem Verfahren der einfachen nicht-übertragbaren Stimme für einzelne Kandidierende („single non-transferable vote“). Aus einer langen Reihe von BewerberInnen mussten sich die WählerInnen für eine Person entscheiden, wodurch die Gewählten oft nur einen kleinen Teil der Menschen in ihrem Wahlkreis hinter sich hatten (Brick Murtazashvili 2022, S. 43). Des Weiteren behinderte dieses Wahlsystem die Bildung größerer politischer Einheiten. Auch deshalb konnte sich im Parlament keine organisierte Opposition als Alternative zur Regierung präsentieren (Taye 2021, S. 334). Nimmt man hinzu, dass es nach der Wahl 2014 Regierungen der Nationalen Einheit gab, fehlte innerhalb der staatlichen Institutionen eine starke klar erkennbare Opposition (Andisha 2022, S. 379), die Unzufriedenen Hoffnung machen konnte auf bessere Zeiten nach einem demokratischen Machtwechsel. Das dürfte der außersystemischen Opposition, sprich den Aufständischen, geholfen haben.

Die vorgestellte Kritik an der Ausgestaltung demokratischer Institutionen mag stichhaltig wirken, weist allerdings nicht nach, dass die Demokratisierung mit einem parlamentarischen, dezentralisierten System und anderen Wahlverfahren gelungen wäre.

5 Strategie und Umfang des Einsatzes

Manche Erklärungen ziehen sich sowohl durch das Feld Sicherheit als auch durch das Feld Herrschaft und umfassen den militärischen Einsatz ebenso wie zivile Anstrengungen. Im Folgenden erörtert der Literaturbericht prominente Querschnittsthemen wie die Kritik, es habe in Afghanistan gar keine oder keine kohärente Strategie gegeben, und die einander widersprechenden Erklärungen, die einerseits einen zu geringen und zu kurzen Einsatz beklagen, andererseits das Scheitern auf ein zu tiefgreifendes Engagement zurückführen. Auch debattiert das Kapitel die Folgen des Einmarschs im Irak 2003 für Afghanistan.

5.1 Keine (kohärente) Strategie

„Es gibt keine Strategie“, lautet ein gängiger Kommentar zu vielen militärischen oder zivilen Einsätzen. Ohne Konkretisierung bleibt er eine Leerformel, die kritisch daherkommt, analytisch aber nicht weiterhilft. Auch das Scheitern in Afghanistan gilt als Folge fehlender Strategie, beispielsweise bei Robert Cassidy (2021, S. 7). Nach Lawrence Freedman (2012, S. x–xi) bedeutet Strategie, Handlungen im Licht der eigenen Ziele und Fähigkeiten zu planen und das im Kontext von Konflikten, in denen die andere Seite die eigenen Vorhaben durchkreuzen kann. Die Verantwortlichen dürften beanspruchen, in Afghanistan eine Strategie verfolgt zu haben, etwa die, durch Wiederaufbau und Reform sowie Ertüchtigung der Sicherheitskräfte eine politische Ordnung zu schaffen, die im Innern für Frieden sorgt und internationalem Terrorismus keine Basis gibt. Da sich Strategien in Afghanistan erkennen lassen (Malkasian 2022, S. 1208), müsste die präziser formulierte Kritik lauten, dass die gewählten Strategien nicht funktionierten. Anthony C. Zinni, Mie Augier und Sean F.X. Barrett (2022, S. 37–38) werfen den Verantwortlichen des Afghanistan-Einsatzes vor, die entscheidenden strategischen Fragen unzureichend bedacht zu haben, so die nach den verfügbaren Mitteln sowie eigenen Stärken und Schwächen in Relation zu denen der Gegner. Nach einem fehlgeschlagenen Einsatz von einer gescheiterten Strategie zu reden, kommt ohne weitere Ausführung einer Tautologie nahe. Eine Kritik der gewählten Strategie überzeugt umso mehr, je besser sie mit Verweis auf andere Fälle plausibel macht, dass in der diskutierten Mission die verfolgten Ziele mit den eingesetzten Mitteln wahrscheinlich unerreichbar waren. Das wirft einen Blick voraus auf die noch zu thematisierende Kontroverse zum Umfang des Einsatzes.

Einige Beiträge werfen dem Einsatz in Afghanistan keine fehlende Strategie vor, vermissen aber eine kohärente Strategie. Dabei sprechen sie zwei unterschiedliche Sachverhalte an. Die Kritik an einer inkohärenten Strategie bezieht sich zum einen auf unzureichende Abstimmung zwischen den zahlreichen am Einsatz Beteiligten

(Varwick 2021, S. 318). In Afghanistan arbeiteten staatliche und nicht-staatliche Organisationen, militärische und zivile Akteure aus vielen Ländern. Karras K. Lambert, Christopher J. Coyne und Nathan P. Goodman (2021, S. 291–292) sahen angesichts der Vielzahl engagierter Akteure zu viele Strategien am Werk, die sich teils gegenseitig konterkarierten. Solche Probleme der Koordination sind aus vielen Auslandseinsätzen bekannt und wurden spätestens in den 1990er-Jahren diskutiert. Im Rahmen multilateraler Missionen treten Koordinationsprobleme unvermeidlich auf. Wenn sie verbreitet sind, andere Fälle jedoch eine bessere Bilanz als Afghanistan aufweisen, kann das Scheitern hier kaum auf Koordinationsprobleme zurückgehen.

Der Vorwurf einer inkohärenten Strategie macht sich zum anderen an wechselnden Strategien fest. Als eine von sieben Lehren aus dem Einsatz stellt SIGAR (2021, S. viii) mehrfache Strategiewechsel als Problem heraus. Sie erschwerten es, Ziele und Mittel aufeinander abzustimmen, das Handeln der verschiedenen Beteiligten zu koordinieren und etwaige Fortschritte zu konsolidieren. Doch mindestens genauso problematisch wie ein Wechsel der Strategie dürfte es sein, trotz veränderter Bedingungen stur an der gewählten Strategie festzuhalten (Freedman 2012, S. 198, 610). Damit trägt auch die zweite Variante der Kritik einer inkohärenten Strategie wenig dazu bei, das Scheitern in Afghanistan zu erklären.

5.2 Zu wenige Mittel, zu wenig Personal, zu wenig Zeit

Immer wieder begegnet man dem Argument, Auslandseinsätze erzielten Erfolge, wenn sie ausreichend Ressourcen und Personal einsetzten und Geduld zeigten. Scheitern gehe auf mangelnde Entschlossenheit zurück. Stellvertretend für diese Position zitiere ich hier den früheren Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen für friedenserhaltende Operationen, Jean-Marie Guéhenno (2015, S. 87–88): „the main problem is the lack of political will“. Ähnlich äußern sich viele Beiträge zum Scheitern in Afghanistan.

James Dobbins (2021), durch vergleichende Analysen von Auslandseinsätzen profiliert, sieht ein zu geringes militärisches Engagement. Ihm zufolge hängt Erfolg von der Truppendichte ab, von der Zahl der stationierten SoldatInnen in Relation zur Fläche oder Bevölkerung des Ziellands. Geht man von der maximalen Truppenzahl im Kosovo aus, hätten nach meiner Kalkulation in Afghanistan proportional zur Fläche fast drei Millionen SoldatInnen stationiert werden müssen, um die gleiche Truppendichte wie im Kosovo zu erreichen. Legt man die Bevölkerung im ersten Einsatzjahr zugrunde, wären dafür mehr als eine halbe Million SoldatInnen erforderlich gewesen. Mit einer höheren Truppendichte sieht ein prominenter Aufsatz zu Friedensmissionen ein mehrfaches Versprechen einhergehen: genauere Informationen über die Lage vor Ort, besserer Schutz der BürgerInnen, weniger Freiräume für Gewaltakteure und damit mehr Sicherheit (Hultman et al. 2013).

Auch den Umfang des zivilen Engagements ordnet die Literatur vergleichend ein. In Afghanistan entsprach die Wiederaufbauhilfe pro Kopf in den ersten beiden Einsatzjahren nicht einmal vier Prozent dieser Hilfe für Bosnien und Herzegowina nach dem Dayton-Abkommen (Weinbaum 2023, S. 161). Winfried Nachtwei (2022, S. 72), früher Bundestagsabgeordneter und jetzt für die Grünen Sachverständiger in der Enquete-Kommission, beklagt „die sehr halbherzige Förderung verlässlicher

Staatlichkeit, wofür jahrelang viel zu wenig deutsche Zivilexperten und Polizisten entsandt wurden.“ Die Literatur beschränkt diese Kritik nicht auf Deutschland und das in der Annahme, ein umfangreicheres ziviles Engagement wäre möglich gewesen und hätte einen effektiveren und legitimeren Staat herbeiführen können.

Der Afghanistan-Einsatz dauerte gut 20 Jahre, dennoch halten einige Beiträge den Verantwortlichen Ungeduld vor. Laut Kilcullen und Mills (2021, S. 68–69) nutzte die internationale Ungeduld den Taliban, die nicht einlenken, sondern das Ende des Einsatzes nur abwarten mussten.

Im Lichte einiger Beiträge lässt sich bezweifeln, dass mehr Mittel, Personal und Zeit das Scheitern in Afghanistan abgewendet hätten. Mit Blick auf die massive Ausweitung des militärischen und zivilen Engagements zur Mitte des Einsatzes diagnostiziert ein Teil der Analysen begrenzte Fähigkeiten zur Aufnahme von Hilfe. Je mehr Ressourcen in ein Land mit schwachen staatlichen Institutionen fließen, desto schwerer falle es, die Mittelverwendung zu beaufsichtigen. „By spending money faster than it could be accounted for, the U.S. government ultimately achieved the opposite of what it intended: it fueled corruption, delegitimized the Afghan government, and increased insecurity“ (SIGAR 2021, S. 32). Ein umfangreicherer und längerer Einsatz garantiert auch keinen größeren Einfluss auf die Politik des Ziellands. Wie Jochen Hippler (2020, S. 163–164, 186) argumentiert, könne im Rahmen der Aufstandsbekämpfung ein externer Akteur die von ihm unterstützten Machthaber kaum zum besseren Regieren zwingen. Die Regierung sehe durch die geforderten Reformen und Praktiken ihre Machtbasis gefährdet und erkenne zugleich, wie sehr auch der externe Akteur von ihr abhängt, sodass sie dessen Forderungen nicht umsetze.⁹ Zudem lasse eine starke ausländische Präsenz die Regierung als Handlangerin der äußeren Mächte erscheinen und schade so der Legitimität der Unterstützten (Hippler 2020, S. 263–264). Gegen ein umfangreicheres Engagement spricht des Weiteren die begrenzte Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal, das in einen Auslandseinsatz geschickt werden kann (SIGAR 2021, S. X, 50). Beispielsweise meinten einige zur Polizeiberatung vorgesehene Kräfte, sich mithilfe von Fernsehsendungen über Polizeiarbeit fortbilden zu müssen (SIGAR 2021, S. 52). Noch weniger als militärische Bemühungen lassen sich vermutlich zivile Anstrengungen beliebig ausdehnen, was Missionen gerade in größeren Zielländern Grenzen setzt. Darüber hinaus können zivile Hilfsprojekte Angriffe der Aufständischen anziehen oder durch „Besteuerung“ die Rebellion ausstatten und so die Gewalt am Laufen halten (SIGAR 2021, S. 62–63, 2022, S. 38). Hier stützen die SIGAR-Berichte die Analyse von Christoph Zürcher (2019, S. 850) mit dem Titel „The folly of ‚aid for stabilisation““. Sie hält Attacken und Raub dann für wahrscheinlich, wenn die Projekte in unsicheren Orten angesiedelt sind und die Geber als Verbündete der Regierung gelten. Schließlich zur Dauer von Einsätzen: Wer Missionen mehr Zeit geben möchte, geht davon aus, dass sich währenddessen die Probleme verringern oder auflösen, eine optimistische Annahme, wie die Wahlen in Afghanistan zeigen, die immer weniger demokratischen Ansprüchen genügten.

⁹ Walter C. Ladwig III. (2017) widmet solch schwierigen Patron-Klient-Beziehungen bei der Aufstandsbekämpfung ein ganzes Buch.

Neben der Ansicht, der Einsatz sei zu gering und zu kurz gewesen, gibt es mehr als vereinzelt die gegenteilige Position, die das Scheitern auf ein überdehntes Engagement zurückführt. Hier klingt wieder der Vorwurf an, eine zu starke Ausrichtung auf liberale Friedenskonsolidierung habe den Einsatz ausufern und damit fehlschlagen lassen (Dodge 2021, S. 47–49). Ivan Eland (2021) kritisiert das versuchte Nation-building in Afghanistan, oft verstanden als von außen betriebene Umwälzung einer Gesellschaft, obwohl das schon nach dem amerikanischen Bürgerkrieg im Süden der Vereinigten Staaten unter weit günstigeren Bedingungen nicht funktioniert habe. Er folgert daraus, die internationalen Truppen hätten nach dem Sturz der Taliban Afghanistan verlassen sollen. Andere Beiträge halten diesen Schluss für unrealistisch und unverantwortlich. Mit dem Sturz der Taliban sei ein weiteres Engagement unumgänglich geworden (Miller 2021). Das Land ohne den Versuch einer strukturierten Neuordnung zu verlassen, hätte es wahrscheinlich in einen weiteren Bürgerkrieg gestürzt (Cordesman und Hwang 2021, S. 17) und wieder zu einem Exporteur von Unsicherheit gemacht (Miller 2021).

5.3 Einmarsch im Irak 2003

Kaum ein Erklärungsangebot für das Scheitern in Afghanistan kommt in so vielen Beiträgen vor wie der Einmarsch der US-geführten Koalition im Irak 2003. Diese Invasion habe in Afghanistan zu einer geringeren militärischen Präsenz (Henriksen 2022, S. 130) und zu weniger bereitgestellten zivilen Ressourcen geführt (Cassidy 2021, S. 3) sowie Aufmerksamkeit abgezogen (Whitlock 2021, S. 46). Zudem habe der völkerrechtswidrige Einmarsch mit seinen katastrophalen Folgen für den Irak der Glaubwürdigkeit des internationalen Engagements im Afghanistan geschadet, die der erklärten Ziele von Stabilität, Demokratie und rechtsbasierter Ordnung inbegriffen (Kilcullen und Mills 2021, S. 226–227). Malkasian (2021, S. 155) hebt den Zeitpunkt hervor: Die Taliban seien genau dann erstarkt, als 2006 und 2007 der Bürgerkrieg im Irak eskalierte.

Dieses Erklärungsangebot variiert die Kritik des zu geringen Einsatzes und nimmt an, ohne den Einmarsch im Irak hätte es mehr Ressourcen für das Engagement in Afghanistan gegeben. Eliot A. Cohen stellt das infrage und sieht die Anstrengungen eher durch Willen als durch Fähigkeit begrenzt. Er verweist auf die USA, die im Zweiten Weltkrieg auf zwei getrennten Schauplätzen gegen weit mächtigere Gegner gekämpft hatten als Jahrzehnte später in Afghanistan und im Irak (Council on Foreign Relations 2021). Die auf den Einmarsch im Irak bezogene Erklärung geht des Weiteren davon aus, dass sich ein umfangreicherer Einsatz in Afghanistan positiv ausgewirkt hätte. Bacon und Byman (2021, S. 18) bezweifeln das: „Providing more foreign troops to back a predatory system would only further fuel an insurgency.“ Das zeige in Afghanistan der Aufwuchs des militärischen und zivilen Engagements, der Jahre nach dem Einmarsch im Irak erfolgte. Es bleibt das Argument der geringeren Aufmerksamkeit für Afghanistan. Größeres Interesse mag gute Entscheidungen wahrscheinlicher machen, kann sie aber nicht garantieren.

Insgesamt gibt es gute Gründe, den Einmarsch im Irak für einen großen Fehler zu halten. Ob er wesentlich zum Scheitern in Afghanistan beitrug, scheint allerdings weniger klar als weithin behauptet.

6 Schluss

Die ausgewertete Literatur hat einiges zu bieten. Sie umfasst detaillierte Diskussionen zu Einzelheiten des militärischen und zivilen Einsatzes ebenso wie Gesamtbilder des Scheiterns. Ein Teil der Ursachenforschung nutzt Konzepte aus fallübergreifenden Studien, um den Fehlschlag in Afghanistan zu erklären, darunter Prinzipal-Agent-Probleme bei der Ertüchtigung von Sicherheitskräften im Zielland, Patron-Klient-Beziehungen bei der von außen unterstützten Aufstandsbekämpfung und Einsichten zur Gestaltung von politischen Systemen und Wahlverfahren. Einige Beiträge ziehen andere Fälle heran, um das Geschehen in Afghanistan einzuordnen. Insgesamt weist die ausgewertete Literatur zum Scheitern in Afghanistan eine stattliche Breite auf, doch gibt die große Zahl der Erklärungen nur eingeschränkt Orientierung. Aus langen Listen mit Ursachen für das Desaster in Afghanistan können die LeserInnen unterschiedliche Schlüsse ziehen. Während manche den Eindruck gewinnen, der Fehlschlag sei überdeterminiert und unausweichlich gewesen, folgern andere, alle jeweils genannten Probleme hätten für das Scheitern zusammenkommen müssen und wäre es gelungen, nur einige aus dem Weg zu räumen, hätte der Einsatz gelingen können.

Die Breite geht zudem bei mehr als nur vereinzelt Fragen auf Kosten der Tiefe. Wiederholt zeigt sich, dass die ausgewerteten Beiträge an einigen Stellen zu schnell stehen bleiben und Annahmen nicht ausreichend hinterfragen, Alternativen nicht im Lichte fallübergreifender Studien erörtern und nicht genug bedenken, was den Fall Afghanistan besonders macht oder welche seiner Merkmale auch in anderen Konflikten auftreten. Der teils unzureichende Tiefgang überrascht insofern, als viele Probleme schon vor dem Sieg der Taliban offenkundig waren. Die unberücksichtigte Literatur aus der Zeit vor dem August 2021 weist womöglich den geforderten Tiefgang auf. Allerdings hätten es in diesem Fall die Afghanistan-Fachleute versäumt, in ihren späteren Beiträgen diese Publikationen stärker aufzugreifen.

Angelehnt an Jervis (2022) meine ich, dass die Debatte zum Scheitern in Afghanistan von einer stärker vergleichenden Perspektive profitieren würde. Ein Beispiel soll dies illustrieren: Es gibt die Diskussion, ob die Mission gar nicht (Ruggiero 2021) oder zumindest ab einem bestimmten Zeitpunkt und nach bestimmten politischen Festlegungen nicht mehr gelingen konnte (Mockaitis 2022, S. 1090) oder ein Erfolg doch möglich gewesen wäre, hätte sie mehr Personal, Mittel und Zeit eingesetzt (Kilcullen und Mills 2021, S. 130–131). Weder beweist das beobachtete Scheitern, dass es gar nicht anders hätte kommen können, noch zeigt die Kritik etwa am zentralistischen System oder Ausschluss der Taliban, dass es mit dezentralisierter Macht oder Inklusion der früheren Machthaber Erfolg gegeben hätte. Die Ansicht, in Afghanistan sei das Scheitern unausweichlich gewesen, ließe sich mit Belegen dafür stärken, dass gleiche Vorhaben auch in Fällen mit günstigeren Kontextbedingungen und ähnlichen oder sogar weniger Fehlern beim Einsatz gescheitert sind. Die auf Fehler verweisende Position würde an Plausibilität gewinnen, wenn sie Fälle mit ähnlichen oder noch ungünstigeren Bedingungen als Afghanistan aufführte, in denen der Einsatz dennoch als Erfolg gilt.

Aus den zahlreich angebotenen Erklärungen für das Scheitern in Afghanistan ließen sich viele verschiedene Implikationen für das Ob und Wie künftiger militäri-

scher und ziviler Auslandseinsätze ableiten. Ich diskutiere hier nur eine Folgerung, die ich für besonders einflussreich und besonders bedenklich halte und die gut zur Annahme passt, der Einsatz in Afghanistan sei erst mit dem und durch den Abzug fehlgeschlagen. Es handelt sich um die These, Erfolg oder Scheitern ergebe sich aus dem Umfang des Einsatzes und damit aus der Entschlossenheit der Verantwortlichen. In dieser Sicht macht der Kontext keinen Unterschied. Weder die geografischen, demografischen und sozioökonomischen Verhältnisse im Zielland noch die Interessen und Strategien der Konfliktparteien noch die Politik anderer externer Mächte üben einen nennenswerten Einfluss aus. Diese gewagte Annahme stößt oft auf offene Ohren, sowohl bei EntscheiderInnen als auch in Wissenschaft und Medien. Die Botschaft, es komme bei Auslandseinsatz auf die eigene Entschlossenheit an, wird gerne gehört, vermutlich weil sie eine einfache Antwort auf eine komplexe Frage bietet, den EntscheiderInnen Kontrolle über eine unübersichtliche Situation verspricht und zugleich Raum für Selbstkritik lässt. Sollte man scheitern, hat man sich eben nicht genug angestrengt. Diese Argumentation nähert sich dem Unwiderlegbaren, ist es doch vorstellbar, immer noch mehr zu versuchen und noch länger zu bleiben. Eine solche Sichtweise erwiese sich als gefährlich, sofern es doch auf den Kontext eines Einsatzes ankäme, und dafür spricht vieles. Sollte sie breite Unterstützung finden, wäre neben dem Einsatz in Afghanistan auch dessen Aufarbeitung gescheitert.

Danksagung Für konstruktive Kommentare danke ich Felix S. Bethke, Matthias Dembinski, Frank D. Kuhn und Mikhail Polianskii sowie der Mitherausgeberin der PVS, Anna Holzscheiter, und der/dem anonymen GutachterIn.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Interessenkonflikt T. Gromes gibt an, dass kein Interessenkonflikt besteht.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

2001. Agreement on provisional arrangements in Afghanistan pending the re-establishment of permanent government institutions. https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/AF_011205_AgreementProvisionalArrangementsinAfghanistan%28en%29.pdf. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
2020. Agreement for bringing peace to Afghanistan between the Islamic Emirate of Afghanistan which is not recognized by the United States as a state and is known as the Taliban and the United States of America. <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/02/Agreement-For-Bringing-Peace-to-Afghanistan-02.29.20.pdf>. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.

2021. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Alexander Müller, Alexander Graf Lambsdorff, Renata Alt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 19/32123. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/326/1932643.pdf>. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Acemoglu, Daron. 2021. Why nation-building failed in Afghanistan. <https://www.project-syndicate.org/commentary/afghanistan-top-down-state-building-failed-again-by-daron-acemoglu-2021-08>. Zugegriffen: 15. Mai 2023.
- Andisha, Nasir Ahmad. 2022. The collapse of state in Afghanistan: a repeat of history? *Journal of Asian Security and International Affairs* 9(3):369–382. <https://doi.org/10.1177/23477970221129901>.
- Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. 2022. Einsetzung einer Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/025/2002570.pdf>. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Asia Foundation. 2019. A survey of the Afghan people. Afghanistan in 2019. https://reliefweb.int/attachments/7ccc305f-3475-32af-81de-5df7a07281c9/2019_Afghan_Survey_Full-Report.pdf. Zugegriffen: 7. Sept. 2023.
- Bacon, Tricia, und Daniel Byman. 2021. De-Talibanization and the onset of insurgency in Afghanistan. *Studies in Conflict & Terrorism* <https://doi.org/10.1080/1057610X.2021.1872159>.
- Berg-Schlosser, Dirk. 1999. Empirische Voraussetzungen und allgemeine Konstituierungsbedingungen von Demokratie. In *Perspektiven der Demokratie*, Hrsg. Dirk Berg-Schlosser, Hans-Joachim Giegel, 57–81. Frankfurt a.M.: Campus.
- Biddle, Stephen. 2017. Building security forces & stabilizing nations: the problem of agency. *Daedalus* 146(4):126–138. https://doi.org/10.1162/DAED_a_00464.
- Bolton, John Q. 2023. Military power is insufficient: learning from failure in Afghanistan. *Military Review* 2023(January-February):63–75. <https://www.armyupress.army.mil/Journals/Military-Review/English-Edition-Archives/January-February-2023/Bolton/>.
- Brick Murtazashvili, Jennifer. 2022. The collapse of Afghanistan. *Journal of Democracy* 33(1):40–54. <https://doi.org/10.1353/jod.2022.0003>.
- Brooking, Steve. 2022. Why was a negotiated peace always out of reach in Afghanistan? Opportunities and obstacles, 2011–21. <https://www.usip.org/sites/default/files/2022-08/pw-184-why-negotiated-peace-always-out-of-reach-afghanistan.pdf>. Zugegriffen: 15. Mai 2023.
- Carey, John M., und Andrew Reynolds. 2021. The U.S. helped design Afghanistan’s constitution. It was built to fail, Washington Post. <https://www.washingtonpost.com/outlook/2021/09/08/afghanistan-constitution-failure/>. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Carlisle, Rodney P. 2022. *Afghanistan war*, 3. Aufl., New York: Chelsea House.
- Cassidy, Robert. 2021. Reflections on Afghanistan: war is folly for the weak on wisdom and will. <https://www.e-ir.info/2021/09/12/reflections-on-afghanistan-war-is-folly-for-the-weak-on-wisdom-and-will/>. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Cordesman, Anthony H., und Grace Hwang. 2021. Learning the right lessons from the Afghan war. https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/publication/210907_Cordesman_Right_Lessons.pdf?VersionId=TOANXtTYP7mVmaTy5bapzai637ylirPt. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Council on Foreign Relations. 2021. Afghanistan in hindsight: lessons from two decades of war. <https://www.cfr.org/event/afghanistan-hindsight-lessons-two-decades-war>. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Cunningham, James, und Joseph Windrem. 2022. What happened to the Afghan air force? *Journal of Indo-Pacific Affairs* 2022(Januar-Februar):40–48. <https://media.defense.gov/2022/Jan/06/2002918538/1/-/1/1/JIPA%20JANUARY-FEBRUARY%202022.PDF/JIPA%20JANUARY-FEBRUARY%202022.PDF?source=GovD>.
- Daase, Christopher, Tobias Debiel, Conrad Schetter, und Ursula Schröder. 2021. Nach dem Scheitern in Afghanistan: Lehren für die neue Bundesregierung, Sonderstellungnahme Friedensgutachten. https://www.friedensgutachten.de/user/pages/04.archiv/2021-sonderstellungnahme/Friedensgutachten%20Sonderstellungnahme%20Afghanistan_Sep.21.pdf. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Deutscher Bundestag. 2020. Plenarprotokoll 19/153. <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19153.pdf#P.19056>. Zugegriffen: 5. Sept. 2023.
- Deutscher Bundestag. 2022. Wortprotokoll der 5. Sitzung: Enquete-Kommission Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands. https://www.bundestag.de/resource/blob/927700/13727d76e165d018764975944b2a965d/Wortprotokoll_21-11-2022-data.pdf. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Dobbins, James. 2021. *Afghanistan was lost long ago: defeat wasn't inevitable, but early mistakes made success unlikely*. Foreign Affairs. <https://www.foreignaffairs.com/articles/afghanistan/2021-08-30/afghanistan-was-lost-long-ago>.

- Dodge, Toby. 2021. Afghanistan and the failure of liberal peacebuilding. *Survival* 63(5):47–58. <https://doi.org/10.1080/00396338.2021.1982197>.
- Doyle, Chris. 2021. To intervene or not to intervene. https://trendsresearch.org/research.php?id=466&title=To_intervene_or_not_to_intervene. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Eland, Ivan. 2021. The roots of American failure in Afghanistan. https://www.realclearworld.com/articles/2021/08/26/the_roots_of_american_failure_in_afghanistan_791766.html. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Fair, C. Christine. 2021. *Pakistan and the United States have betrayed the Afghan people*. Foreign Policy. <https://foreignpolicy.com/2021/08/16/pakistan-united-states-afghanistan-taliban/>.
- Freedman, Lawrence. 2012. *Strategy: a history*. Oxford u.a.: Oxford University Press.
- Geelmuyden Rød, Espen, Carl Henrik Knutsen, und Håvard Hegre. 2020. The determinants of democracy: a sensitivity analysis. *Public Choice* 185(1):87–111. <https://doi.org/10.1007/s11127-019-00742-z>.
- Gossman, Patricia. 2021. How US-funded abuses led to failure in Afghanistan. <https://www.hrw.org/news/2021/07/06/how-us-funded-abuses-led-failure-afghanistan>. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Guéhenno, Jean-Marie. 2015. *The fog of peace. A memoir of international peacekeeping in the 21st century*. Washington: Brookings Institution.
- Hartzell, Caroline A., und Matthew Hoddie. 2007. *Crafting peace. Power-sharing institutions and the negotiated settlement of civil wars*. University Park: University Press.
- Hennings, John Alan. 2023. 500 men: an alternate approach to America's war in Afghanistan. In *Lessons learned in Afghanistan: America's longest war The great power competition*, Bd. 4, Hrsg. Adib Farhadi, Anthony Masys, 149–168. Cham: Springer.
- Henriksen, Thomas H. 2022. *America's wars: interventions, regime change, and insurgencies after the cold war*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hippler, Jochen. 2020. *Krieg im 21. Jahrhundert: Militärische Gewalt, Aufstandsbekämpfung und humanitäre Intervention*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hultman, Lisa, Jacob Kathman, und Megan Shannon. 2013. United Nations peacekeeping and civilian protection in civil war. *American Journal of Political Science* 57(4):875–891. <https://doi.org/10.1111/ajps.12036>.
- Ibrahimi, und S. Yaqub. 2022. False negotiations and the fall of Afghanistan to the Taliban. *International Journal* 77(2):168–187. <https://doi.org/10.1177/00207020221135299>.
- Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel. 2022. Dokumentation: Das zweifache Scheitern der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan – Studienergebnisse des ISPK aus dem vergangenen Jahrzehnt. *Sirius* 6(1):3–31. <https://doi.org/10.1515/sirius-2022-1002>.
- International Institute for Strategic Studies. 2012. *The military balance 2012*. <https://www.tandfonline.com/doi/epdf/10.1080/04597222.2012.663215>.
- Jalali, Ali A. 2023. Reflections on the fateful collapse of the Afghan national defense and security forces. In *Lessons learned in Afghanistan: America's longest war The great power competition*, Bd. 4, Hrsg. Adib Farhadi, Anthony Masys, 169–184. Cham: Springer.
- Jamal, Ahmad Shuja, und William Maley. 2023. *The decline and fall of republican Afghanistan*. London: Hurst & Company.
- Jervis, Robert. 2022. Why postmortems fail. *Proceedings of the National Academy of Sciences* <https://doi.org/10.1073/pnas.2116638118>.
- Kilcullen, David, und Greg Mills. 2021. *The ledger: accounting for failure in Afghanistan*. London: Hurst & Company.
- Ladwig, Walter C., III. 2017. *The forgotten front: patron-client relationships in counterinsurgency*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Lambert, Karras J., Christopher J. Coyne, und Nathan P. Goodman. 2021. The fatal conceit of foreign intervention: evidence from the Afghanistan papers. *Peace Economics, Peace Science and Public Policy* 27(3):285–310. <https://doi.org/10.1515/peps-2021-0001>.
- Lieven, Anatol. 2021. Nemesi: why the west was doomed to lose in Afghanistan. <https://www.prospectmagazine.co.uk/world/nemesi-why-the-west-was-doomed-to-lose-in-afghanistan-911-taliban>. Zugegriffen: 15. Mai 2023.
- Llorens, Hugo. 2023. Afghanistan: a case study in self-defeat. In *Lessons learned in Afghanistan: America's longest war The great power competition*, Bd. 4, Hrsg. Adib Farhadi, Anthony Masys, 271–289. Cham: Springer.
- Lüders, Michael. 2022. *Hybris am Hindukusch: Wie der Westen in Afghanistan scheiterte*. München: C.H. Beck.
- Lynch, Thomas F., III. 2022. Deconstructing the collapse of Afghanistan national security and defense forces. *Parameters* 52(3):37–56. <https://doi.org/10.55540/0031-1723.3168>.

- Malkasian, Carter. 2021. *The American war in Afghanistan: a history*. New York: Oxford University Press.
- Malkasian, Carter. 2022. Modern war in an ancient land: a counterinsurgency review. *Small Wars & Insurgencies* 33(7):1203–1215. <https://doi.org/10.1080/09592318.2022.2120306>.
- Masala, Carlo. 2022. *Weltunordnung: Die globalen Krisen und die Illusionen des Westens*, 4. Aufl., München: C.H. Beck.
- Matisek, Jahara. 2021. Requiem for the Afghan “Fabergé egg” army: why did it crack so quickly? <https://mwi.usma.edu/requiem-for-the-afghan-faberge-egg-army-why-did-it-crack-so-quickly/>. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Miller, Laurel. 2021. Afghanistan 2001–2021: U.S. policy lessons learned. <https://www.crisisgroup.org/asia/south-asia/afghanistan/afghanistan-2001-2021-us-policy-lessons-learned>. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Miller, Paul D., und Hans Dembowski. 2021. *Gebrochene Versprechen und Scheitern in Afghanistan*. <https://www.dandc.de/de/article/drei-entscheidende-afghanistan-fehler-von-bush-und-obama>.
- Mockaitis, Thomas R. 2022. Afghanistan and the COIN conundrum. *Small Wars & Insurgencies* 33(7):1085–1092. <https://doi.org/10.1080/09592318.2022.2111858>.
- Murid Partaw, Ahmad. 2023. The failure of democracy in Afghanistan. *British Journal of Middle Eastern Studies* <https://doi.org/10.1080/13530194.2022.2164480>.
- Nachtwei, Winfried. 2022. Afghanistan – Das Scheitern im Großen: Dringendes Lernen geht nur mit Ehrlichkeit und Konsequenz auf allen Ebenen. *Zeitschrift für Innere Führung* 67(2):70–73. <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5376782/99bca3b97ab7d2fa5131c9a17df5ab3b/if-zeitschrift-fuer-innere-fuehrung-02-2022-data.pdf>.
- Paul, Christopher, Colin P. Clarke, Beth Grill, und Molly Dunigan. 2013. *Paths to victory: lessons from modern insurgencies*. Santa Monica: RAND. https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR200/RR291z1/RAND_RR291z1.pdf.
- Petraeus, David. 2022. Afghanistan did not have to turn out this way, Kommissionsdrucksache 20(28)17_EN. https://www.bundestag.de/resource/blob/949058/418aa745beebb74556eb7fa24651f580/KOM-Dr-20-28-17_EN_Aufsatz-David-Petraeus-data.pdf. Zugegriffen: 1. Sept. 2023.
- Preuß, Hans-Joachim. 2022. 20 Jahre Afghanistan: Lehren für das deutsche Engagement in Krisenregionen. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 15(1):1–21. <https://doi.org/10.1007/s12399-022-00886-9>.
- Rashid, Ahmed. 2022. *Taliban: the power of militant islam in Afghanistan and beyond*, 3. Aufl., New Haven und London: Yale University Press.
- Regan, Mitt. 2022. *Drone strike—Analyzing the impacts of targeted killing*. Cham: PalgraveMacmillan.
- Rothchild, Donald, und Philip G. Roeder. 2005. Power sharing as an impediment to peace and democracy. In *Sustainable peace. Power and democracy after civil wars*, Hrsg. Donald Rothchild, Philip G. Roeder, 9–50. Ithaca: Cornell University Press.
- Rubin, Barnett. 2021. The once and future defeat in Afghanistan. <https://warontherocks.com/2021/11/the-once-and-future-defeat-in-afghanistan/>. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Ruggiero, Frank. 2021. How to avoid another state-building failure after Afghanistan. <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/how-to-avoid-another-state-building-failure-after-afghanistan/>. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Ruttig, Thomas. 2020. Afghanistan’s 2019 elections (30): final results... and parallel governments? <https://www.afghanistan-analysts.org/en/reports/political-landscape/afghanistans-2019-elections-30-final-results-and-parallel-governments/>. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Sadr, Omar. 2022. Afghanistan’s public intellectuals fail to denounce the Taliban. https://www.fairobserver.com/region/central_south_asia/omar-sadr-afghanistan-taliban-rule-totalitarianism-human-rights-news-2441/. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Schetter, Conrad. 2022. Öffentliche Anhörung zum Thema „Kontext und Lage in Afghanistan zu Beginn des Einsatzes 2001. Ausgangspunkt 11. September 2001 bis zur Petersberger Konferenz 2001“. https://www.bundestag.de/resource/blob/921658/4019c0df0727f20ec3a850e844a35145/KDRs-20-28-03_Stellungnahme-Schetter-data.pdf. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Schroden, Jonathan. 2021a. Afghanistan’s security forces versus the Taliban: a net assessment. *CTC Sentinel* 14(1):20–29. <https://ctc.westpoint.edu/wp-content/uploads/2021/01/CTC-SENTINEL-012021.pdf>.
- Schroden, Jonathan. 2021b. Lessons from the collapse of Afghanistan’s security forces. *CTC Sentinel* 14(8):45–61. <https://ctc.westpoint.edu/wp-content/uploads/2021/10/CTC-SENTINEL-082021.pdf>.
- Schröter, Susanne. 2022. *Global gescheitert? Der Westen zwischen Anmaßung und Selbsthass*. Freiburg: Herder.

- Sharan, Timor. 2023. *Inside Afghanistan: political networks, informal order, and state disruption*. London und New York: Routledge.
- Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction. 2021. What we need to learn: lessons from twenty years of Afghanistan reconstruction. Arlington. <https://www.sigar.mil/pdf/lessonslearned/SIGAR-21-46-LL.pdf>. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction. 2022. Why the Afghan government collapsed. Arlington. <https://www.sigar.mil/pdf/evaluations/SIGAR-23-05-IP.pdf>. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Taye, Safiullah. 2021. Afghanistan's political settlement puzzle: the impact of the breakdown of Afghan political parties to an elite polity system (2001–2021). *Middle East Critique* 30(4):333–352. <https://doi.org/10.1080/19436149.2021.1989554>.
- Varwick, Johannes. 2021. 20 Jahre Bundeswehr in Afghanistan – ein Scheitern auf ganzer Linie? *Gesellschaft, Wirtschaft, Politik* 70(3):314–319. <https://doi.org/10.3224/gwp.v70i3.01>.
- Weigand, Florian. 2022. *Waiting for dignity: legitimacy and authority in Afghanistan*. New York: Columbia University Press.
- Weinbaum, Marvin G. 2023. From emirate to emirate: Afghanistan's twenty-year war. In *Escaping the conflict trap: toward ending civil war in the middle east*, 2. Aufl., Hrsg. Ross Harrison, Paul Salem, 153–175. London: I.B. Tauris.
- White House. 2021. Remarks by President Biden on the way forward in Afghanistan. <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/04/14/remarks-by-president-biden-on-the-way-forward-in-afghanistan/>. Zugegriffen: 12. Sept. 2023.
- Whitlock, Craig. 2021. *The Afghanistan papers: a secret history of the war*. New York u.a.: Simon & Schuster.
- Williams, Phil. 2022. US intervention in Afghanistan and the failure of governance. *Small Wars & Insurgencies* 33(7):1130–1151. <https://doi.org/10.1080/09592318.2022.2120299>.
- Zartman, William. 2023. Negotiations to end all wars. In *How wars end: theory and practice*, Hrsg. Richard Iron, Damian Kingsbury, 189–201. London und New York: Routledge.
- Zinni, Anthony Z., Mie Augier, und Sean F.X. Barrett. 2022. Failure in Afghanistan: how it happened and what it means. *Journal of South Asian and Middle Eastern Studies* 45(3):30–50. <https://doi.org/10.1353/jsa.2022.0007>.
- Zürcher, Christoph. 2019. The folly of “aid for stabilization”. *Third World Quarterly* 40(5):839–854. <https://doi.org/10.1080/01436597.2019.1576519>.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.